Dr. Martin Breidert

Bad Honnef, 17.5. 2015
Beueler Kreuz 1
53604 Bad Honnef
Tel. 02224-9118059
martin.breidert@gmx.de

An den Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland
Herrn Joachim Gauck
Schloss Bellevue
Spreeweg 1
10557 Berlin

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,

die Worte, die der jordanische König Abdullah II. während der Verleihung des Karlspreises in Ihrer Anwesenheit zur ausweglosen Situation der Palästinenser sprach, haben mich sehr bewegt.

Er erinnerte an die Nakba, an die Vertreibung von 750.000 Palästinensern vor 67 Jahren.
Nach dem Junikrieg von 1967 sind erneut Tausende geflohen. Die Situation derer, die geblieben sind, hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch verschlechtert.

Ich hatte 2012 und 2014 Gelegenheit, an Studienreisen in das besetzte Westjordanland teilzunehmen, bei denen wir mit Vertretern israelischer, palästinensischer und deutscher Nichtregierungsorganisationen sprechen konnten. Ich selber wohnte bei christlich-palästinensischen Gastgebern in Bethlehem, wovon die israelischen Behörden nichts wissen durften.

Es betrübt mich, wie sehr die Menschen unter der schon seit zwei Generationen andauernden Besatzung leiden, weil ihre fundamentalen Menschenrechte missachtet werden. Was ich in der Westbank erlebte, hat mich umso mehr innerlich aufgewühlt, als ich früher Dozent für Sozialethik an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal war und schwerpunktmäßig Vorlesungen und Seminare zum Thema Menschenrechte hielt.

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, ich habe noch sehr genau Ihre Worte im Ohr, die Sie anlässlich des Staatsbesuchs von Präsident Rivlin sprachen. Seit 20 Jahren unterstützten alle Bundesregierungen die israelisch-palästinensischen Friedensverhandlungen mit dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung.

Zur gleichen Zeit hat der Staat Israel den Siedlungsbau jedoch massiv forciert, so dass nun sowohl Präsident Rivlin als auch Ministerpräsidenten Netanyahu und Mitglieder seines Kabinetts jegliche Forderung nach einem palästinensischen Staat brüsk zurückweisen.

Der Vatikan hat trotzdem Palästina als Staat anerkannt, wie es dem Beschluss von 138 UN-Mitgliedstaaten entspricht.

Während noch die letzten Friedensverhandlungen zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde liefen, hatte die Regierung Netanyahu einen Ministerausschuss eingesetzt, der die offizielle Annektierung des Jordantals vorbereiten soll.

Bei vielen Vorträgen und Gesprächen werde ich immer wieder gefragt, warum die Bundesregierung einerseits die Annektierung der Krim verurteilt und mit Sanktionen geantwortet hat, während sie zur Besatzungs- und Annexionspolitik Israels schweigt. Die Bürgerinnen und Bürger empfinden diese Kluft mehr und mehr als unerträglich.

Allein der Verweis auf die historische Schuld Deutschlands und die Shoa können als Begründung nicht ausreichen.

Sehr verehrter Herr Bundespräsident, es ist Ihnen zu danken, dass Sie den Schleier von dem Erinnerungsschatten genommen haben, der über das Schicksal und 5 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen gelegt war. Und es ist Frau Bundeskanzlerin Merkel zu danken, dass sie bei ihrem Besuch in Moskau am 9. Mai daran erinnert hat, dass durch Hitlers Angriffskrieg mehr als 25 Millionen Menschen in der Sowjetunion zu Tode gekommen sind, oft genug völlig unschuldige Zivilisten.

Wie diese historische Schuld deutsche Regierungen nicht abgehalten hat, die Politik der Sowjetunion und später die russische Regierung zu kritisieren und mit politischen Schritten zu reagieren, so ist es endlich an der Zeit, dass die Bundesregierung nicht länger zur Verletzung der Menschenrechte und zur Missachtung des Völkerrechts durch die israelische Besatzungsregierung schweigt, sondern Schritte einleitet, die den Menschen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu ihren Rechten verhelfen.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Breidert